

Von: Mandl, Esther <Esther.Mandl@bmkoes.gv.at>
Gesendet: Dienstag, 4. August 2020 16:08
An: ÖGKJ Sekretariat
Betreff: Betreffend Appell der ÖGKJ vom 24.07.2020 [EXTERN]

Sehr geehrte Frau Doz. Dr. Grois,
sehr geehrte Frau A.Univ.-Prof. Dr. Karall,
sehr geehrter Herr Univ.-Prof. Popow,

Ihr Appell betreffend die gesundheitsgefährdenden Bedingungen für Kinderflüchtlinge an der EU-Außengrenze ist am 24. Juli bei Vizekanzler Werner Kogler eingegangen und wurde ihm zur Kenntnis gebracht.

Die Zustände in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln sind alarmierend und die Situation hat sich mittlerweile aufgrund der Corona-Krise weiter verschärft. Bisher hat die Bundesregierung einige Maßnahmen zur Unterstützung der Menschen vor Ort umgesetzt. Anfang des Jahres wurden 3 Mio.€ zusätzliche humanitäre Soforthilfe für Idlib/Syrien beschlossen. Das Geld geht direkt an das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und ist der größte Betrag, der je aus dem Auslandskatastrophenfonds bezahlt wurde. Zusätzlich wurde 1 Mio.€ Soforthilfe für die bessere Versorgung in den griechischen Flüchtlingslagern beschlossen. Ende Mai wurde in einem Entschließungsantrag im Parlament entschieden, dass die Bundesregierung Griechenland mit logistischen, medizinischen und finanziellen Mitteln bei der Versorgung in Flüchtlingslagern unterstützen wird. Weiters wird die Regierung aufgefordert, sich international für den aktiven Schutz von syrischen Geflüchteten einzusetzen.

Als langfristige Maßnahme zur Bekämpfung der Fluchtursachen wurden im Vergleich zu 2019 die EZA Mittel für Auszahlungen an Drittländer von 15 Mio.€ auf 25 Mio.€ gestockt. Das Budget der ADA für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit wurde um knapp 12 Mio.€ erhöht. Im Vergleich zu 2017, also noch vor der Türkis-Blauen Regierung, ist das eine Aufstockung um etwa 27 Mio.€.

Aus grüner Sicht wäre eine Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger, Frauen und Familien in Österreich ein richtiger Schritt. Leider konnten wir unseren Koalitionspartner von einer solchen Beteiligung bisher nicht überzeugen. Zusätzlich erschwert die Corona-Krise dieses Ansinnen derzeit. Vizekanzler Werner Kogler tritt jedenfalls für die Einhaltung rechtstaatlicher Grundsätze ein, einschließlich der Standards die sich aus der Genfer Flüchtlingskonvention, der Menschenrechtskonvention und entsprechendem EU-Recht ergeben. Wir werden dafür kämpfen, auch wenn das der Koalitionspartner auf Bundesebene derzeit noch anders sieht.

Danke für Ihre Unterstützung für Menschlichkeit und Solidarität!

Mag. Esther Mandl

**Bundesministerium für Kunst, Kultur,
öffentlichen Dienst und Sport**
Büro des Vizekanzlers und Sportministers

Mag.a Esther Mandl
Referentin Bürger*innenservice

Radetzkystraße 2, 1030 Wien, Österreich
esther.mandl@bmkoes.gv.at